

Fakten und Argumente

Am Freitag, den 9. Februar hat Generalsekretär Laurenz Meyer die bundesweite Informationsoffensive der CDU, „Renten-Check“, gestartet. Auftakt war die Inbetriebnahme einer Telefon-Hotline, die wir im letzten UiD angekündigt hatten. Neben dem Generalsekretär standen in der eigens für die Aktion eingerichteten „Info-Box“ auch Rentenexperten der CDU für zahlreiche Bürgeranfragen zur Verfügung.



ANGELA MERKEL:

Wir wollen die soziale Partnerschaft stärken

Die CDU hat ein eigenes Konzept zur Verbesserung der Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen beschlossen.

Nach einer Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 12. Februar im

Konrad-Adenauer-Haus hat die Parteivorsitzende den Beschluss der Öffentlichkeit vorgestellt und die Ausgestaltung der sozialen Partnerschaft das eigentliche Ziel einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes genannt. Soziale Partner-
Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

BUNDESWEHRREFORM

Friedrich Merz:
Vor einem Umbauprozess ohne Perspektive und voller Unsicherheiten

SEITE 6 - 7

DOKUMENTATION

Angela Merkel:
Zukunft für den ländlichen Raum – Verbraucherschutz für alle. Bundestagsrede am 8. Februar

INNENTEIL

Fortsetzung von Seite 1
schaft – genau das enthält die Antwort der Bundesregierung nicht. Angela Merkel: „Die Zusammenarbeit von Betriebsräten und Unternehmen hat sich in schwierigen Situationen bewährt und wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft beigetragen. Sie darf nicht gefährdet werden.“

Deshalb dürfe das neue Betriebsverfassungsgesetz nicht auf eine Erhöhung des Einflusses betriebsfremder Funktionäre hinauslaufen. Sondern: Die Reform muss von den jeweiligen betrieblichen Verhältnissen ausgehen und die schon in den letzten Jahren gewachsene Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben weiter stärken.

Ganz besonders wichtig: Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss dem Aspekt der Beschäftigungssicherung und Beschäftigungsgewinnung ausreichend Rechnung tragen.

Angela Merkel: „Wir brauchen eine betriebsnähere Ausgestaltung von

Flächentarifverträgen und damit mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit.“

Den Betriebsparteien sollte deshalb künftig neben der Zuständigkeit für Lohn und Arbeitszeit auch die Zuständigkeit für Beschäftigungsaussichten eingeräumt werden.

Die CDU wird die rot-grüne Rentenreform im Bundesrat ablehnen

Der Bundesvorstand hat sich auf seiner Sitzung am 12. Februar auch noch einmal mit der Rentenreform befasst. Ministerpräsident Erwin Teufel erläuterte auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Angela Merkel und Jürgen Rüttgers das Vorgehen der unionsgeführten Bundesländer bei der Abstimmung über die Reform im Bundesrat und machte an sorgfältig berechneten Fall-Beispielen deutlich: Die Schröder-Rente löst keines der Probleme, mit denen eine neue Regelung der Altersversorgung fertig werden muss.

■ Sie wird das versprochene Rentenniveau von 68 Prozent nicht erreichen,

■ macht mit der Absenkung der Hinterbliebenenrente die Frauen zu den eigentlichen Verlierern,

■ verbaut die Zukunftschancen der jungen Generation.

Erwin Teufel: „Die CDU wird die rot-grüne Rentenreform im Bundesrat ablehnen.“

Zum Schluß erläuterte der stellvertretende Parteivorsitzende Jürgen Rüttgers die vier Punkte eines Diskussionspapiers zur Bio- und Gentechnik, das der Bundesvorstand bereits am Sonntag ohne Beschluss beraten hatte.

Jürgen Rüttgers: „Die Erfahrungen mit der Atomenergie haben gezeigt: Nur wenn die Bürger sachgerecht über Chancen und Risiken einer modernen Technologie informiert sind und eine öffentliche Debatte stattgefunden hat, kann mit der Akzeptanz der Gentechnik gerechnet werden.“

**Diskussionspapier
von Jürgen Rüttgers:
Seite 18 - 21**

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleistung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Soziale Partnerschaft stärken

Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind eine unverzichtbare Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an allen Entscheidungen, die die grundlegenden Bedingungen seiner Arbeitswelt betreffen.

Die von der Union Anfang der 50er Jahre gesetzlich verankerte Mitbestimmung hat sich bewährt. Sie ist Ausdruck sozialer Partnerschaft und Instrument sozialen Friedens. Die Mitverantwortung der Beschäftigten hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft beigetragen.

Eigenverantwortung deutlich gestiegen

Die geltende Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes ist inzwischen fast 30 Jahre alt. Die Wirtschafts- und Arbeitswelt und damit auch die betriebliche Praxis haben sich in dieser Zeit verändert. Die Globalisierung der Märkte, die technologischen Veränderungen, die wach-

sende Bedeutung der Dienstleistungen und die Individualisierung unserer Gesellschaft haben tiefgreifende Veränderungen nach sich gezogen. Die Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Verlauf der letzten Jahre deutlich gestiegen. Die Anforderungen an Betriebsabläufe, Produktionsverfahren und Produkte werden einem immer schnellerem Wandel unterworfen. Die betrieblichen Gestaltungen sind vielfältiger und differenzierter geworden. Dementsprechend sind auch die Aufgaben der Betriebsräte komplexer und vielfältiger geworden.

Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muß dieser Vielfalt entsprechen und mehr betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Es ist mehr Flexibilität und mehr Betriebsnähe erforderlich.

Unter diesem Aspekt muss die Betriebsverfassung fortentwickelt werden.

Eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten auch in der globalisierten Wirtschaft sichern und weiterentwickeln.

Die Mitbestimmungspraxis muss so angelegt sein, dass sie den jeweiligen betrieblichen Verhältnissen angepasst werden kann.

Bürokratisch und mittelstandsfeindlich

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands stellt fest, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Referentenentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes den vorstehenden Anforderungen nicht entspricht. Der Entwurf ist undemokratisch, bürokratisch, kostentreibend, mittelstandsfeindlich, unflexibel und überregulierend. Im Ergebnis würde er nicht zu mehr Kooperation in den Betrieben führen, sondern zu mehr Konfrontation. Der Entwurf der Bundesregierung strahlt den Geist des Klassenkampfes und nicht den der modernen sozialen Partnerschaft aus. Er ist eine Stärkung der Funktionäre

**BESCHLUSS
DES BUNDES-
VORSTANDS VOM
12. FEBRUAR**

und nicht der Arbeitnehmer. Er wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Anforderungen der Wissensgesellschaft in keiner Weise gerecht. Moderne soziale Partnerschaft erfordert neues Denken.

■ Die Einführung des Mehrheitswahlrechtes führt zu weniger Demokratie in den Betrieben. Minderheiten werden an die Wand gedrückt.

■ Die Erhöhung der Zahl der Betriebsratsmitglieder und die Aufblähung der Gremien durch die vorgesehene Absenkung der Schwellenwerte führt zu nicht verkraftbaren Kostensteigerungen insbesondere und überproportional für mittelständische Betriebe sowie zu einer ungebührlichen Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit.

■ Die Ausweitung der Mitbestimmungstatbestände auf Bereiche, die nicht zur allgemeinen betrieblichen Praxis gehören, birgt die Gefahr, zu allgemeinpolitischen Debatten in den Betrieben zu führen und das Betriebsklima erheblich zu beeinträchtigen.

■ Der Gesetzentwurf enthält keine ausreichenden Maßnahmen zur Beschleunigung und Flexibilisierung betriebsverfassungsrechtlicher Ver-

fahren. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, die sich gegen internationale Konkurrenz zu behaupten haben.

Die CDU lehnt deshalb den Gesetzentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ab. Sie empfiehlt ihren Abgeordneten im Deutschen Bundestag ein entsprechendes Abstimmungsverhalten.

Folgende Forderungen sind unverzichtbar für eine zukunftsorientierte und praxisgerechte Reform:

■ Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss dem Aspekt der Beschäftigungssicherung und Beschäftigungsgewinnung ausreichend Rechnung tragen. Wir brauchen eine betriebsnähere Ausgestaltung von Flächentarifverträgen und damit mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit. Das Betriebsverfassungsgesetz muss die Beschäftigungssicherung und -gewinnung als allgemeine Aufgabe des Betriebsrates anerkennen. Das Günstigkeitsprinzip soll weiter ausgelegt werden. Es sollte den Betriebsparteien künftig eingeräumt werden, neben Lohn und Arbeitszeit auch die Beschäfti-

gungsaussichten zu berücksichtigen. Wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit qualifizierter Mehrheit eine Betriebsvereinbarung im Unternehmen abschließen, sollte dies als Vermutung für eine günstigere Regelung gelten. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie innerhalb einer bestimmten Frist ein begründetes Vetorecht bleiben.

■ Der Betriebsrat muss auch künftig in seiner Zusammensetzung die Pluralität der gesamten Belegschaft widerspiegeln. Dies setzt voraus, dass bei Betriebsratswahlen das Verhältniswahlrecht, nicht aber das Mehrheitswahlrecht angewandt wird. Die Möglichkeit, dass auch kleine Gewerkschaften und gewerkschaftlich ungebundene Gruppen im Betriebsrat und dessen Gremien mitarbeiten, muss erhalten bleiben.

■ Das Betriebsverfassungsgesetz muss stärker als bisher sicherstellen, dass unternehmerische Entscheidungen möglichst rasch umgesetzt werden können, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens erhalten bleibt. Die Mitbestimmungs- und das Einigungsstellenverfahren sind deshalb durch die Fest-

legung einer angemessenen zeitlichen Begrenzung zu beschleunigen. Dazu gehört auch, daß notwendige Betriebsänderungen nicht durch mißbräuchliche Verzögerung eines Interessenausgleiches blockiert werden.

■ Das geltende Verfahren für die Wahl der Betriebsräte ist zu kompliziert. Es muss dringend entbürokratisiert und vereinfacht werden. Auch ein vereinfachtes Verfahren muss demokratischen Wahlgrundsätzen folgen und insbesondere den Minderheitenschutz und den Schutz vor Überrumpelung gewährleisten.

■ Die Aufgaben des Betriebsrates sind komplexer geworden. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss auch eine Verbesserung der Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten der Betriebsräte zum Ziel haben.

■ Angesichts der stark wachsenden Vielfalt der betrieblichen und unternehmerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten dürfen die organisatorischen Rahmenbedingungen des Betriebsverfassungsgesetzes nicht zu eng gezogen sein. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, tarifvertragliche und betriebliche Vereinbarungen über Struk-

tur und Arbeitsweise der Betriebsräte abzuschließen, um den Besonderheiten von Branchen und Betriebsgrößen gerecht werden zu können.

■ Der beruflichen Weiterbildung kommt eine wachsende Bedeutung zu. Die Arbeitsmarktchancen hängen zunehmend auch von der Fähigkeit der Arbeitnehmer ab, sich den verändernden Bedingungen ihrer Arbeitswelt durch Fortbildung ständig anzupassen. Für die Unternehmen sind gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidende Voraussetzung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Berufliche Weiterbildung soll in den allgemeinen Katalog des Betriebsverfassungsgesetzes aufgenommen werden.

■ Ein weiteres Ziel der Reform muss die Stärkung der Stellung des einzelnen Arbeitnehmers im Betrieb sein. Durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens soll die Betriebsratswahl als Persönlichkeitswahl gestärkt werden. Dem Betriebsverfassungsgesetz ist ein Katalog grundlegender Rechte des einzelnen Arbeitnehmers voranzustellen.

■ Der Betriebsrat soll die Möglichkeit erhalten, Vorschläge zu unterbreiten, die

die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit fördern; der Katalog der allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates muss entsprechend erweitert werden.

■ Es hat sich in der betrieblichen wie in der betriebsrätlichen Praxis als vorteilhaft erwiesen, wenn eine Anbindung der Arbeitnehmervertreter an den Arbeitsplatz erhalten bleibt. Das Betriebsverfassungsgesetz sollte deshalb die Freistellungsregelungen so fassen, dass stärker Vereinbarungslösungen über Teilfreistellungen möglich werden. Dabei sollen die Schwellenwerte unverändert bleiben.

■ Eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes muss der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft Rechnung tragen. Erforderlich ist, dass in europaweit tätigen Unternehmen grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretungen mit Unterrichts- und Beratungsrechten gebildet werden.

■ Die Einrichtung von Jugendausbildungsvertretungen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten ist zu ermöglichen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, diese Position in die parlamentarischen Beratungen einzubringen. **UD**

FRIEDRICH MERZ:

Vor einem **Umbauprozess** ohne Perspektive und voller Unsicherheiten

„Noch nie hat ein Verteidigungsminister hier im Parlament eine Konzeption für die zukünftige Struktur der Bundeswehr vorgestellt, die so sehr auf Sand gebaut ist wie die Ihre, Herr Scharping. Die Bundeswehr steht vor einem Umbauprozess ohne Perspektive und voller Unsicherheiten. Die „Reform der Bundeswehr von Grund auf“ – wie Sie das nennen, Herr Scharping – stellt die Fähigkeit der Bundeswehr, die ihr gestellten Aufträge zu erfüllen, „von Grund auf“ in Frage.

Schon die Art und Weise, wie Sie die Standortentscheidungen präsentieren, zeigt ein hohes Maß an Unseriosität. Lassen Sie mich nur drei Beispiele nennen:

■ Der Standort Eggesin wird von 1800 Dienstposten auf 55 reduziert und damit als sogenannter Großstandort weitergeführt. Die Grenze hierfür hatte man vorher definiert bei 50.

■ In Neumünster verbleiben von rund 800 Soldaten und zivilen Mitarbeitern nur noch 10. Es verbleibt



das Truppendienstgericht ohne Truppe!

■ Kürzungen, die weniger als 500 Dienstposten und nicht mehr als die Hälfte des Personalbestandes ausmachen, werden in ihrem Konzept erst gar nicht erwähnt.

Als Verteidigungsminister sind Sie auch zur Fürsorge den Soldaten gegenüber verpflichtet

Mit diesen Trickereien täuschen Sie die Öffentlichkeit, schlimmer noch: die Betroffenen in den Standorten.

Dass Sie mit Ihrer Öffentlichkeits- und Informationspolitik seltsame Wege gehen, mussten wir auch im Umgang mit der DU-Munition und der Gefährdung von Soldaten durch Radarab-

strahlungen erfahren. Ich will darauf nicht im Einzelnen eingehen. Wichtig ist mir etwas Grundsätzliches: Als Verteidigungsminister sind Sie nicht nur Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt. Sie sind auch als oberster Dienstherr zur Fürsorge den Soldaten gegenüber verpflichtet. Diese Fürsorgepflicht ernst zu nehmen, erfordert Offenheit. Nicht nur, aber gerade im Einsatz müssen die Soldaten Vertrauen in die politische Führung haben können. Von dem Vertrauen, das ein ebenfalls sozialdemokratischer Verteidigungsminister, nämlich Georg Leber, einmal in der Truppe hatte, sind Sie weit entfernt.

Nach der wiedergewonnenen deutschen Einheit haben die Verteidigungsminister Stoltenberg und Rühe aus zwei feindlichen Armeen die Armee der Einheit geschaffen. Aus Gegnern wurden Freunde, aus Feinden wurden Kameraden. Nirgendwo sonst in der Gesellschaft ist die innere Einheit so schnell und so erfolgreich Realität geworden wie in der Bundeswehr. Diese histori-

sche Leistung haben wir dem großartigen Engagement der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr und den übernommenen Soldaten und Bediensteten der ehemaligen NVA zu verdanken. Auch zehn Jahre nach der deutschen Einheit hat dies unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient.

In schwierigen Reformschritten wurde die Bundes-

AUS DER
REDE DES
VORSITZENDEN
DER CDU/CSU-
BUNDESTAGS-
FRAKTION IM
BUNDESTAG AM
9. FEBRUAR

wehr seitdem in Umfang, Struktur und Auftrag auf die neuen Aufgaben ausgerichtet. Es entstanden die Streitkräfte im vereinten Deutschland, eines Landes, das auch in der Außen- und Sicherheitspolitik eine größere internationale Verantwortung übernehmen wollte und konnte. Diese neue Bundeswehr hat ihre ersten internationalen Militäreinsätze bei Friedensmissionen und bei der Krisenbekämpfung insbesondere in Kambodscha und Somalia, bis heute an-

dauernd in Bosnien und im Kosovo professionell und sehr erfolgreich absolviert.

Diese Einsätze waren wichtig für den Frieden in den jeweiligen Ländern. Und sie waren von unschätzbbarer Bedeutung für das internationale Ansehen unseres Landes nach der Wiedervereinigung. CDU und CSU haben sie damals durchgesetzt – und es gehört zur Geschichte unserer Republik, dass sie das gegen den zum Teil heftigen Widerstand von weiten Teilen der SPD und insbesondere der Grünen tun mussten.

Insgesamt haben Sie, Herr Scharping, ein gut bestelltes Haus übernommen. Damit leugne ich nicht weiteren Reformbedarf. Ich sage ganz klar: Auch wir hätten im Falle einer Wiederwahl seit 1998 weitere strukturelle Veränderungen und Einschnitte vornehmen müssen. Aber diese Politik hätte ihre Grundlage gehabt in einer Haushaltsplanung, die nach Jahren des Sparens eine Trendumkehr eingeleitet hätte.

Unter Rot-Grün ist aber das genaue Gegenteil geschehen. In der größten Kürzungsaktion in der Geschichte der Bundeswehr verlieren die Streitkräfte über vier Jahre fast 20 Milliarden Mark.

Sie haben damit Ihr Versprechen bei Amtsantritt gebrochen. 340 000 Mann und die Zusage des Bundeskanzlers für einen steigenden Bundeswehretat von 49,4 Milliarden D-Mark in 2002 – das haben Sie auch Anfang 1999 noch vertreten. (FAZ 9.1.1999) Das alles gilt heute nicht mehr.

Heute stehen Sie hier nicht als Gestalter, sondern als Getriebener. Seit Juli 1999 sind Sie nur noch der Vollstrecker der Haushaltsvorgaben von Finanzminister Eichel.

Dies zeigt: Diese Bundesregierung und insbesondere viele Regierungsmitglieder haben eine tiefe innere Distanz zur Bundeswehr. Die Bundeswehr hat keine Freunde mehr in dieser Regierung. Ihrer Reform fehlt jede solide Finanzierung.

Wer ein Unternehmen neu ausrichtet hat, der weiss, dass dies erst einmal Investitionen erfordert. Hierauf hatte gerade auch der Bericht der Kommission „Zukunft der Bundeswehr“ unter Vorsitz von Richard von Weizsäcker zu Recht hingewiesen. Für eine solche notwendige Anschubfinanzierung fehlt Ihnen aber jede Mark.

Voller Wortlaut der
Rede im nächsten
UID: 6/2001

Die große **Chance** unserer Zeit

Mit der Überwindung des Kommunismus und dem langsamen Abschied von nationalstaatlichen Egoismen wird die Verwirklichung einer alten Vision möglich: **Erstmals in der über zweitausendjährigen Geschichte haben wir die Chance, alle Völker Europas zusammenzuführen. Unser Ziel ist ein ungeteilter Kontinent, auf dem Freiheit, Stabilität und Wohlstand herrschen. Dieses Ziel ist außerordentlich ambitioniert.**

Die Spaltung Europas in Nationalstaaten alten Typs, die ihre Kräfte im Gegeneinander verschwendeten oder sich gar erbittert bekämpften, entstand im Laufe von zwei Jahrhunderten. Auch die Überwindung dieser Spaltung ist ein Jahrhundertwerk. Sie ist die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Europäischen Union. Nur wenige Entscheidungen zuvor hatten so weit reichende Folgen für die beteiligten Staaten und für die einzelnen Bürger. Die enormen politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung überwiegen bei weitem die Risiken. Gleichwohl wird es auch bei uns

und in den Beitrittsländern vereinzelt Verlierer geben. Viele mit der Erweiterung verbundenen Ängste und Sorgen sind jedoch weitgehend unbegründet.

Die CDU ist von der historischen Notwendigkeit und den Chancen der Erweiterung für Deutschland und für Europa fest überzeugt. Mit den folgenden zehn Thesen wollen wir erneut dazu beitragen, die Öffentlichkeit über die wesentlichen Aspekte zu informieren und für diese Überzeugung zu gewinnen.

ERSTENS: Die Europäische Union bedarf dringend weiterer innerer Reformen zur Herstellung ihrer substantiellen Erweiterungsfähigkeit. Neue Mitglieder können aber nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsverhandlungen bereits beitreten.

ZWEITENS: Die Erweiterung bringt den Völkern der Union vielfältige und konkrete politische Vorteile. Die innere Sicherheit wird zunehmen.

DRITTENS: Die Erweiterung stärkt unsere Wirt-



E. Brok MdEP



M. Krogmann MdB

schaft. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze in Deutschland und erhöht unsere globale Wettbewerbsfähigkeit. Wettbewerbsverzerrungen durch die Beitrittsländer sind nicht hinnehmbar.

VIERTENS: Die Zuwanderung von Arbeitskräften nach der Erweiterung wird keine großen Verwerfungen verursachen. Die Beitrittsperspektive verringert sogar den Migrationsdruck. Gleichwohl sind gewisse Übergangsfristen unvermeidlich.

FÜNFTENS: Die Erweiterung wird den Euro stärken. Eine Teilnahme am Euro erfolgt nicht automatisch mit dem Beitritt zur EU, sondern ist an die strikte Einhaltung der Maastrichter Kriterien gebunden.

SECHSTENS: Im Agrarbereich gibt es die vergleichs-

weise schwierigsten Probleme. Auch sie sind lösbar. Gefordert sind große Kompromissbereitschaft und Reformwillen auf allen Seiten.

SIEBTENS: Die Grenzregionen stehen angesichts der offenen Grenzen vor besonderen Herausforderungen. Die Grenzregionen brauchen gezielte Hilfen und verbesserte Rahmenbedingungen. So können sie zu Gewinnern der Erweiterung werden.

ACHTENS: Die Beitrittsverhandlungen müssen stärker auf politischer Ebene geführt und beschleunigt werden. Die Wegskizze der Kommission zur Strukturierung der Verhandlungen verdient grundsätzlich Unterstützung.

NEUNTENS: Die Erweiterung ist ein Projekt der ganzen Europäischen

BESCHLUSS DES
BUNDESFA-
CH-AUSSCHUSSES
EUROPAPOLITIK
VOM 19. JANUAR
UNTER DEM
VORSITZ VON
ELMAR BROK,
VORGELEGT
VON MARTINA
KROGMANN

HANS-GERT PÖTTERING:

Wir brauchen einen Rat der Europaminister

Deutliche Kritik am Ministerrat der Europäischen Union hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, geübt.

Unmittelbarer Anlass für seine Kritik war die Abwesenheit eines Vertreters des Rates und der Ratsprä-

sidentschaft in der Debatte des Parlaments über das Kommissionsprogramm 2001. Dies mache deutlich, dass Außenminister nicht mehr gleichzeitig auch für die Europapolitik zuständig sein können. Pöttering fordert deswegen die Einrichtung eines ständigen „Rates der Europaminister“.

Union. Deutschland sollte gleichwohl besondere nationale Interessen anderer Unionsländer sensibel berücksichtigen und sich für ihre Anliegen offen halten.

ZEHNTENS: Die CDU bleibt die deutsche Europapartei. In unserem Einsatz für die Erweiterung der EU lassen wir uns von niemandem übertreffen.

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass sich alle demokratischen Parteien unseres Landes hierin einig sind. Wir bieten der Bundesregierung unsere volle Unterstützung bei der Realisierung der baldigen Erweiterung der EU an.

Die Beschäftigung der

Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft mit den Auswirkungen einer erweiterten Union ist unzureichend. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich - gemeinsam mit der Kommission und den Bundesländern - eine breit angelegte, deutlich sichtbare Informationskampagne für die Öffentlichkeit zu beginnen. Die CDU ist bereit, einen wesentlichen eigenen Beitrag hierzu zu leisten. Nach unserer Überzeugung ist die Erweiterung der Europäischen Union die große Chance unserer Zeit.

[http://](http://www.cdu.de/presse/archiv-2001/030-2001.doc)

Wortlaut des
Beschlusses: www.cdu.de/presse/archiv-2001/030-2001.doc

DIETMAR KANSY:

Rot-grüner **Abbau** der Eigenheimförderung hat Methode

Zu dem am 9. Februar im Bundestag beratenen Raumordnungsbericht 2000 erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Der Bundestag berät heute den Raumordnungsbericht 2000. Mit der Siedlungsflächen-Entwicklung und der angeblich vom Eigenheimbau ausgehenden „Gefahr der Zersiedlung“ möchten rot-grüne Verhinderungspolitiker gerne ihren wohneigentumsfeindlichen Kurs ideologisch untermauern. Wer sich den Raumordnungsbericht 2000 genauer anschaut, wird auf vielfache Feststellungen stoßen, wonach sich die Gefahr der Zersiedlung und Versiegelung keinesfalls auf den Wunsch der Bürger nach Wohneigentumsbildung zuspitzen lässt, wie uns rote wie vor allem grüne Verhinderungspolitiker gerne weiß machen möchten. Vielmehr dominierte das Wachstum bei Verkehrs- und mehr noch bei Industrie- und Gewerbeflächen im letzten Jahrzehnt überproportional. Die Annahme im Raumordnungsbe-

richt, der Eigenheimbau werde auch in der Zukunft „kontinuierlich zunehmen“, steht außerdem auf schwankendem Boden: Mit dem Einbruch des Ein- und Zweifamilienhausbaus auf der Genehmigungsseite im letzten Jahr – bis Oktober in Westdeutschland um 15 % und in Ostdeutschland um 20 % – begann die wohneigentumsfeindliche Politik von Rot-Grün für jeden sichtbare Früchte zu tragen.

Stationen rot-grüner Abbruchpolitik

- Durch die Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage wurden faktisch viele Singles von der Förderung ausgeschlossen.
- Durch die jüngsten Entscheidungen zur Ausgrenzung des Wohneigentums aus der kapitalgedeckten Altersvorsorge würden nun auch die Schwellenhaushalte mit geringerer bzw. mittlerer Sparfähigkeit ausgegrenzt.
- Mit der Reform des sozialen Wohnungsbaus, das macht der seit einigen Tagen vorliegende Referentenent-

wurf deutlich, sollen – anders als die CDU/CSU in ihrem Reformkonzept von 1997 vorsah – die jungen Familien generell aus der Eigenheim-Direktförderung herausgenommen werden. Künftig soll auch das selbstgenutzte Wohneigentum mit Fehlbelegungsabgaben überzogen werden können.

- Während die angekündigten Baukostensenkungs-Strategien noch ausbleiben, wird erst mal über die Energieeinsparverordnung in die Gegenrichtung gesteuert. Der Bau eines Einfamilienhauses mit 120 qm Wohnfläche dürfte sich allein auf baulicher Seite (also ohne Heiztechnik) um ungefähr 6000,- DM verteuern.
- Und Rot-Grün plant bekanntlich noch eine Menge vor in dieser Legislaturperiode, was den Bürgern die Lust an einem eigenen Häuschen nehmen soll: Kappung der Eigenheimzulage für den Neubaubereich, in den ländlichen Räumen höhere Erbschaftssteuer- und Grundsteuerbelastungen, und die Grünen hätten am liebsten noch eine Versiegelungsabgabe drauf-

ANDREAS SCHMIDT:

Völlig unzureichend

■ Nach der Mehrbelastung der deutschen Landwirtschaft durch zwei Milliarden Mark Ökosteuer, nach Kürzungen im Agrarsozialbereich und bei der Gasölbeihilfe holt Rot-Grün jetzt zu einem weiteren Schlag gegen die Bauern aus. Nach dem von der Koalition im Haushaltsausschuss vorgeschlagenen BSE-Maßnahmenpaket soll sich der Bund mit 262 Millionen Mark nur anteilig an der Herauskaufaktion Rinder beteiligen und nur ein Drittel der Kosten für die Entsorgung der nach dem 2. Dezember noch vorhandenen Altbestände von Tiermehl, Futtermitteln und Tierfetten übernehmen. Ganz besonders schlimm: Die neue Bundesministerin Künast will die Aufwendungen des Bundes zur Bewältigung der BSE-Krise vollständig aus dem Agrarhaushalt gegenfinanzieren – was zur Folge hat: 100 Millionen Mark globale Minderausgabe, Absenkung des Bundesanteils an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstrukturen und des Küstenschutzes“ um 125 Millionen Mark und 200 Millionen Mark Mehreinnahmen durch Erhöhung des Steuersatzes auf Agrardiesel von bisher geplanten 47 auf 57

Abfuhr für Rot-Grün

Der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Obmann im 1. Untersuchungsausschuss zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das hessische Wahlprüfungsverfahren:

Mit bemerkenswerter Deutlichkeit hat das Bundesverfassungsgericht die Versuche von SPD und Grünen zur ausschließlich parteipolitischen Instrumentalisierung des hessischen Wahlprüfungsgerichts zurückgewiesen.

Sittenwidrigkeit bedeutet Verstoß gegen die Freiheit und Gleichheit der Wahl. Davon kann in Hessen nicht die Rede sein. Das SPD-lastig zusammengesetzte Wahlprüfungsgericht ist nach dem

Karlsruher Richterspruch nicht mehr die letzte Instanz, um über die Gültigkeit der hessischen Landtagswahl zu entscheiden. Es gilt die Rechtsweggarantie des Artikels 19 Abs. 4 Grundgesetz. Der Hessische Staatsgerichtshof hat das letzte Wort.

Damit ist der Versuch von Rot-Grün gescheitert, die demokratische Entscheidung der hessischen Wähler auszuhebeln.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt. Dem ZDF sagte er, er sei mit dieser Entscheidung zufrieden. Dem weiteren Fortgang der Angelegenheit sehe er gelassen entgegen.

Pfennig pro Liter. **Dietrich Austermann**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU, und **Josef Hollerith**, Berichterstatter für den Bereich Landwirtschaft im Haushaltsausschuss: „Hier wird ein Versprechen gebrochen. Die Betriebe sollen trotz der existenzbedrohenden Belastung durch den Marktzusammenbruch beim Rindfleisch die Kosten ihrer Entlastung selbst finanzieren.“

Ins Mark getroffen

■ Nach wie vor hat die Bundesregierung kein schlüssiges Konzept zur Finanzierung des BSE-Folgekosten. Mit drastischen Kürzungen der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbes-

serung der Agrarstruktur trifft sie die umstrukturierungswillige Landwirtschaft ins Mark und beschneidet weiter deren Wettbewerbsfähigkeit. **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Schröder handelt offenbar nur bei Holzmännern. Wenn es um die Menschen im ländlichen Raum geht, verweigert er sich.“

Einfluss von außen

■ Veränderung der ausbalancierten innerbetrieblichen Partnerschaft zugunsten der Gewerkschaften ■ Stärkung der Möglichkeiten, auf betriebliche Abläufe von außen Einfluss zu nehmen – das bedeuten die Pläne von Arbeitsminister Riester, aber keine Reform. Die Stärkung ihrer Funktionäre soll die Schwächung der Gewerkschaften durch dramatisch sinkende Mitgliederzahlen kompensieren. **Hansjürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Unternehmer und Mitarbeiter brauchen keine Belehrungen von aussen. Ihr Verhältnis zueinander ist längst nicht mehr von Befehl und Gehorsam bestimmt. Schließlich ist es auch verfassungsgemäß bedenklich, Fremdbestimmung in die Unternehmen zu tragen,

deren Inhaber das Betriebsergebnis persönlich zu verantworten haben.“ Das kann nicht Ziel einer neuen Betriebsverfassung sein: ■ 40 Prozent mehr Betriebsräte ■ 4,4 Milliarden Mark zusätzliche Betriebskosten ■ mehr Freistellungen ■ Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungskompetenz bis in den Investitionsbereich hinein.

Alarmsignal

■ Lediglich 36 Prozent der Deutschen – so die neuesten Ergebnisse des Euro-Barometers – befürworten die EU-Erweiterung. 46 Prozent sind dagegen. Der rot-grünen Bundesregierung ist es bisher nicht gelungen, die notwendige Unterstützung für das große europäische Projekt durch die öffentliche Meinung zu erhalten. **Peter Hintze**, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Ein Alarmsignal. Jetzt rächt sich, dass die Schröder-Regierung die EU-Erweiterung vor allem als technische Frage auf Beamtenebene behandelt hat und nicht auf die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger eingegangen ist.“

Stückwerk

■ Zwei Ziele hatte die Parlamentsreform: ■ Verkleinerung des Bundestags ab

2002 auf 299 Wahlreise und ■ Anpassung der Abgeordnetenentschädigung an das Jahresgehalt von Bundsrichtern. Zur versprochenen Umsetzung von Punkt zwei fehlt SPD und Grünen jedoch der Mut. Außerdem ignoriert Rot-Grün in zahlreichen Fällen die Empfehlungen der Wahlkreis Kommission. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Auch bei dieser Reform stehen bleiben auf halbem Weg. Wo jedoch entschieden wird: willkürliches Stückwerk.“

Endlich

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Initialzündung gegeben und bereits im November 1999 die Eckpunkte für ein neues Bundesausbildungsgesetz eingebracht. Bundesbildungsministerin Bulmahn brauchte lange, bevor sie sich auf die Kernvorgaben der Union einließ und z. B. die Aussichtslosigkeit des von ihr favorisierten so genannten Drei-Körbe-Modells erkannte. Das lange Warten hat sich gelohnt. Grund zur Freude für die Auszubildenden. **Angelika Volquartz**, BAföG-Berichterstatteerin der CDU/CSU im: „Zu den von uns durchgesetzten Verbesserungen gehören u. a. die Nichtanrechnung des Kin-

38. BUNDESTAGUNG

Das „C“ – Anspruch und Herausforderung

Aus dem Programm der Bundestagung am 16. und 17. März in Fulda:
Freitag, 16. März

- Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Jochen Borchert
- Neuwahlen zum Bundesvorstand
- Theologisches Abendgespräch zum Thema „Evangelisch glauben – ökumenisch handeln“
- „Abend der Begegnung“ im Fuldaer

Schloss auf Einladung des Oberbürgermeisters
Samstag, 17. März

- Rede der Parteivorsitzenden Angela Merkel, zum Thema der Bundestagung „Das C – Anspruch und Herausforderung im 21. Jahrhundert“
- Bischof Martin Hein von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck spricht zum Thema „Gibt es christliche Politik?“

dergelder, eine Begrenzung der Darlehensbelastung und die Anpassung der Bedarfsätze an die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten.“

Vernünftig

■ Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Ein Ehevertrag, in dem die Ehefrau nicht nur auf ihren Unterhalt verzichtet, sondern auch den Vater des gemeinsamen Kindes weitgehend vom Unterhalt dieses Kindes freistellt, ist nichtig. In dem besondere Fall, mit dem sich das Gericht zu befassen hatte, war der Ehevertrag zu Lasten Dritter, nämlich des Kindes, der „Preis“, den die damals schwangere Frau für die Bereitschaft des Vaters zur Eheschließung zahlen musste. **Norbert Geis**, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die Entscheidung ist konsequent und richtig. Gleichwohl handelt es sich um eine Entscheidung in einem krassen Einzelfall. Eine Richtungsänderung in der Rechtsprechung bedeutet sie nicht.“

Kompensationen

■ Die von Scharping angekündigte drastische Verriegerung von Bundeswehrstandorten bringt große wirtschaftliche Nachteile für die betroffenen Städte

und Gemeinden mit sich. Und auch im ländlichen Raum sind die Auswirkungen enorm. Die militärischen Einrichtungen waren im übergeordneten Interesse des ganzen Landes. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Es ist deshalb nur gerecht, wenn nun auch die Konversionskosten der militärischen Anlagen und die Kosten für den Strukturwandel in den Kommunen vom Haushalt des ganzen Landes mitgetragen wird.“

Stellenwert verloren

■ Nach nur zwei Jahren löst

jetzt Marion Caspers-Merk (SPD) Christa Nickels als Drogenbeauftragte der Bundesregierung ab. Anders als die ihres Amtes entlohene Grüne nimmt die Neue nicht mehr den Rang einer Parlamentarischen Staatssekretärin ein und kann deshalb die Drogenpolitik auch nicht mehr als Regierungsmitglied am Kabinetttisch zur Sprache bringen. **Hubert Hüppe**, drogenpolitischer Beauftragter der CDU/CSU: „Angesichts des traurigen Rekords von 2000 Drogentoten im letzten Jahr leider eine vertane Chance.“ **UID**

Deutliches Bekenntnis zu Europa – Rüttgers als Vorsitzender bestätigt

Ein deutliches Bekenntnis zum vereinten Europa, Kritik an der verfehlten Europapolitik der Bundesregierung und die Forderung nach einem raschen Fortgang des EU-Reformprozesses nach dem missglückten Gipfel von Nizza standen im Mittelpunkt der inhaltlichen Beratungen des 20. Landesparteitages der CDU Nordrhein-Westfalen am 27. Januar in Bonn.

Unter dem Motto „Wir im Westen – mitten in Europa“ plädierte der stärkste CDU-Landesverband einmütig für ein geeintes und föderales Europa, einen Verfassungsvertrag für eine umfassende politische Union und eine verstärkte deutsch-französische Partnerschaft als deren Ausgangspunkt. Mit der Wahl des Tagungsortes, dem historischen Plenarsaal des deutschen Bundestages in Bonn, unterstrichen die nordrhein-westfälischen Christdemokraten einmal mehr ihren Anspruch, das europapolitische Erbe früherer CDU-Regierungen von Konrad Adenauer bis

Helmut Kohl bewahren und weiterentwickeln zu wollen.

Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers griff Ministerpräsident Clement in seiner mit viel Beifall bedachten Rede scharf an und warf ihm Unfähigkeit vor beim Versuch, den Reformstau aufzulösen, den ihn sein Vorgänger hinterlassen habe. Rüttgers: „Keine neue Idee, keine Vision, keine Vorstellung davon, wie wir bei uns im Westen in 10, 20 Jahren leben werden. Die SPD ist genauso alt, wie sie aussieht.“ Seit Beginn der Legislaturperiode laufe Rot-Grün in NRW den CDU-Initiativen hinterher, sei es bei den Themen Bürgerbeteiligung, Tierschutz, WestLB, Flugverkehr oder der Integration hier lebender Ausländer.

Der Landesvorsitzende geißelte die ganz persönliche Lehrerlüge Clements, der vor der Landtagswahl mehr neue Lehrer versprochen, im Haushaltsplanentwurf für 2001 jedoch keine einzige zusätzliche Lehrerstelle realisiert habe. Rüttgers betonte, dass das Thema „Parteireform“ auf

der Tagesordnung der NRW CDU bleibe und der Landesverband sein Verhältnis zu Gruppierungen des vopolitischen Raumes, insbesondere zu kirchlichen Gruppierungen und zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten anders und intensiver gestalten werde. Das zentrale Projekt der nordrhein-westfälischen CDU sei der politisch-kulturelle Wandel der Gesellschaft. Das Ziel laute, über die kulturelle Mitte in Land und Bund die politische Mehrheitsfähigkeit zurückzuerobern.

Dazu bedürfe es der Umgestaltung der CDU zu einer runderneuertem Volkspartei mit einem Netzwerk von neuen und intensiven Kontakten in allen gesellschaftlichen Institutionen. Voraussetzung dafür sei die Auffrischung der geistigen Ressourcen der CDU, eine wertegebundene Politik und die Anerkennung neuer gesellschaftlicher, wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Realitäten. Das „C“ im Parteinamen, so Rüttgers, sei nach wie vor Anspruch und Maßstab der

LANDESAUSSCHUSS

Ole von Beust als Spitzenkandidat **nominiert**

Union und von daher völlig unverzichtbar. Die CDU sei weder eine Rechtspartei noch eine gemäßigte Linkspartei, sondern bleibe – um ein Diktum Konrad Adenauers zu zitieren – eine weltanschaulich fundierte Partei eigenen Charakters und eigener Prägung in der Mitte des politischen Spektrums. Um Rot-Grün in die Schranken zu weisen, müsse die CDU wie in den siebziger Jahren einen Modernitätsvorsprung zurückgewinnen und der Schröderschen „postmodernen Beliebigkeit“ eine wertegebundene Politik entgegensetzen.

Wahlen:

Im Anschluss an seine mit viel Beifall aufgenommene Rede wurde Jürgen Rüttgers als Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen CDU mit 76 Prozent im Amt bestätigt. Wiedergewählt wurden als stellvertretende Landesvorsitzende Eckhard Uhlenberg, Elke Wülfing, Christa Thoben und Peter Hintze. Neu in das Amt eines stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten den erst 34-jährigen Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Oliver Wittke. Er erzielte mit 84 Prozent auf An-

Einstimmig haben die Delegierten des Landesausschusses auf ihrer Sitzung am 1. Februar Ole von Beust, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, als Spitzen- und Bürgermeisterkandidaten der Hamburger CDU für die Bürgerschaftswahl am 23. September nominiert.

Von Beust dankte der Partei und den Delegierten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, seine ganze Kraft einzusetzen, um über 40 Jahre SPD-All- und -Al-

leinmacht zu beenden und für Hamburg ab der kommenden Legislaturperiode eine bessere Politik zu machen. Der erste Schritt dazu sei eine deutliche und überzeugende Mehrheit bei der Bürgerschaftswahl.

Im Anschluss an den Landesausschuss nahm Ole von Beust zusammen mit den Mitgliedern und Gästen der Partei mit dem traditionsreichen Schiff Cap-San-Diego „Kurs auf die Bürgerschaftswahl“. Show und Musik standen im Mittelpunkt dieses lockeren Wahlkampfauftaktes.

hieb das beste Ergebnis. Herbert Reul wurde als Generalsekretär wiedergewählt. Zum Nachfolger des scheidenden Landesschatzmeisters Laurenz Meyer bestimmten die Delegierten den bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Lothar Hegemann aus Recklinghausen.

Neben der Neuwahl des Landesvorstandes und der Bestellung der Delegierten zum Bundesparteitag und zum Bundesausschuss so-

wie der Verabschiedung des Europa-Leitantrags befasste sich der Landesparteitag intensiv mit einem unter Federführung von Christa Thoben erarbeiteten Antrag des Landesvorstandes zum Thema „Bürgergesellschaft nicht ohne Ehrenamt“.

<http://>

Sämtliche Beschlüsse, Wahlergebnisse und Reden des 20. Landesparteitags finden Sie unter:
www.cdu-nrw.de



MITBESTIMMUNG

Verheerend

Als das letzte Mal eine SPD-geführte Bundesregierung die Regeln für die Betriebsverfassung ändern wollte, zog der Vorstandsvorsitzende des Medizintechnik- und Pharmaunternehmens, Ludwig Georg Braun, gemeinsam mit anderen Arbeitgebern bis vor das Bundesverfassungsgericht. Ende der siebziger Jahre war das, und Braun ist immer noch stolz darauf. „Wer etwas bewegen will, darf nicht nur bellen, sondern muss auch beißen“, sagt er. Braun wird jetzt zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) gewählt, danach will er das alte Thema wieder aufgreifen, diesmal im Bündnis für Arbeit. „Die Pläne von Arbeitsminister Walter Riester sind so verheerend, dass wir sie auf jeden Fall kritisieren müssen“, kündigt er an.

Die Zeit

Vorenthalten

Die Vertreter des konservativen Seeheimer Kreises waren sprachlos: Nach wochenlanger Kontroverse zwischen Müller und Arbeitsminister Walter Riester über die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes verstanden sie erstmals, warum sich Müller so über seinen Kabinettskollegen erregt hatte. Müller klagte, dass er weder einen Termin bei Riester noch eine Antwort auf seine kritischen 26 Punkte zum Reformentwurf erhalten habe. Außerdem stellte sich heraus, dass Müllers Mängelliste der Fraktion vorenthalten worden war und nur in Fachzirkeln vorlag. Die Welt

Mühlstein

Die Arbeitgeber gehen auf die Barrikaden. Der von der Bundesregierung geplante Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung verärgert Manager und Unternehmer mehr als jedes bisherige Vorhaben der rot-

grünen Koalition. Wie ein Mühlstein werde das verschärfte Betriebsverfassungsgesetz in Zukunft die hiesigen Unternehmen im internationalen Wettbewerb behindern, warnen die Wirtschaftsvertreter.

Während der Kanzler die seit Monaten schwelenden Proteste bisher stets als Verbandsgeschrei abtat, dämert es inzwischen einigen seiner Mitstreiter im Regierungslager, dass der von Bundesarbeitsminister Riester präsentierte Gesetzentwurf weit über das Ziel hinauschießt. Die Welt

Keine glatte Antwort

Die Nachricht klingt harmlos: Arbeitsminister Riester will eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz vorlegen, die vom Kabinett geschlossen verabschiedet werden kann. Hätte man von einer gut geführten Regierung je anderes erwartet? Nein. Aber bei der Vorbereitung der Mitbestimmungsnovelle hat der Kanzler nicht geführt, sondern sich in die



Hand der Gewerkschaften begeben. Das in Gesetzesform gegossene Ergebnis seines Taktierens kann ein Wirtschaftsminister, der sich auch nur gelegentlich daran erinnert, auf dem Stuhl Ludwig Erhards zu sitzen, bei aller gebotenen Kabinettsdisziplin nicht mittragen. So steht der Kanzler vor ein paar herausfordernden Personalfragen: Eine wirtschaftsverträgliche Novelle gegen den IG-Metall-Vorsitzenden Zwicker? Eine Rumpfnovelle ohne Riester? Eine Riester-Novelle ohne Müller? Nicht nur aus der Sicht des Kanzlers und SPD-Vorsitzenden gibt es darauf keine glatte Antwort.

Frankfurter Allgemeine

RAKETENABWEHR

Endlich begriffen

Vielleicht haben jetzt die Europäer endlich begriffen, daß es der Regierung Bush ernst ist mit dem Vorhaben einer nationalen Raketenabwehr und daß sie

sich dabei auf den zustimmungswilligen Kongreß verlassen kann. Wer an der politischen Entschlossenheit Restzweifel hatte, den hat Verteidigungsminister Rumsfeld auf der Konferenz für Sicherheitspolitik mit der Wirklichkeit bekannt gemacht. Es ist höchste Zeit, Auftrag und Auswirkung einer Raketenabwehr ruhig zu besprechen und jene (Schein-)Argumente auszusortieren, die bislang die europäisch-russisch-chinesische Gegenkoalition - das an sich schon ist eine Absonderlichkeit - vorgebracht hat, die aber Amerika offenkundig nicht beeindruckt. Es ist notwendig, den ABM-Vertrag von 1972 über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen sachlich zu würdigen, anstatt ihn zu verklären.

Frankfurter Allgemeine

DOSENFAND

Strafzoll

Die Pfandpflicht für Dosen und Einwegflaschen

kommt. Daran lassen Umweltminister Trittin und Wirtschaftsminister Müller keinen Zweifel. Der Vormarsch der Dosen und die damit verbundene Vermüllung der Städte sollen gestoppt werden. Doch das Pfand wird den Trend zur Einwegverpackung nicht umkehren. Im Gegenteil: Studien belegen, dass sich der Rückgang der Mehrwegquote noch beschleunigen wird, wenn der Handel in Zukunft Dosen und Einwegflaschen wieder zurücknehmen muss. Denn der vorhandene Lagerplatz wird dann vielfach nicht mehr für Mehrwegflaschen zur Verfügung stehen. Für die Verbraucher verwischt zudem die Grenze zwischen Einwegverpackungen und Wegwerf-Behältern.

Solche Gegenargumente stießen bei der Bundesregierung indes auf taube Ohren. Umweltminister Jürgen Trittin geht es in erster Linie darum, die Einwegverpackungen mit einem Strafzoll zu belegen. Dabei wird heute schon der überwiegende Teil der Dosen und Flaschen recycelt. Die Welt

Chancen nutzen. Werte achten.

Deutschland muss Spitze bleiben in der Bio- und Gentechnologie

Nicht zuletzt dank christdemokratischer Forschungspolitik ist Deutschland in der Bio- und Gentechnologie heute die Nr. 1 in Europa. Auf dieser Basis muss weitergearbeitet werden. Sie darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Nur wenn Deutschland im Wettbewerb vorn bleibt, hat es auch die Möglichkeit, die Richtung der neuen Technologien aktiv mitzubestimmen, statt zum bloßen Objekt der Entwicklung zu werden.

Die CDU sieht mit Sorge, dass in anderen Ländern zur Zeit viel mehr für die neuen Technologien getan wird als bei uns. Dies gilt vor allem für den entscheidenden Bereich der genbiologischen Forschung. Nach dem einhelligen Urteil von Fachleuten ist eine Verdoppelung der Forschungsmittel dringend erforderlich. Dabei geht es nicht nur um die anwendungsorientierte Forschung, sondern vor allem um die Grundlagenforschung. Die Bundesregie-

rung vernachlässigt die Grundlagenforschung zu Gunsten der Projektförderung. Sie investiert in Projekte statt in Menschen.

Wesentliche Impulse für die Bio- und Gentechnologie gehen weltweit von Unternehmensneugründungen aus dem Hochschulbereich aus. Deutschland braucht neue und erhöhte Anstrengungen zur Stärkung der vorhandenen und zur Bildung weiterer Innovations- und Kompetenzzentren an den Wissenschaftsstandorten. Der Übergang von Wissen aus der Forschung in die Wirtschaft muss gezielt gefördert werden.

An unseren Schulen muss von Anfang an das Interesse an der Naturbetrachtung und Naturforschung wieder geweckt werden. Es darf nicht dabei bleiben, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil unserer Schülerinnen und Schüler Chemie, Physik oder Biologie als Leistungskurs wählt.

■ Die genbiologische Forschung muss ausgebaut und erheblich besser gefördert werden.

■ Im Zusammenhang mit der Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft

sollten Kompetenzzentren geschaffen bzw. ausgebaut werden. Der erfolgreiche Grundgedanke des Bio-Regio-Wettbewerbs sollte wieder aufgegriffen werden.

■ Die Nachwuchsförderung muss in Deutschland erheblich verbessert werden.

Die öffentliche Debatte verstärken: Chancen erkennen, Risiken minimieren

Die Bio- und Gentechnologie wird das Leben künftiger Generationen entscheidend prägen. Deshalb begrüßen wir das Interesse der Medien am Thema Bio- und Gentechnologie.

Die Bio- und Gentechnologie befindet sich immer noch in der Startphase. Niemand weiß, was in fünf, zehn oder zwanzig Jahren möglich sein wird. Gerade in dieser Phase ist Freiraum, insbesondere für die Grundlagenforschung, das Gebot der Stunde und nicht hektische Reglementierung. Wir müssen viel genauer als heute wissen, was in Zukunft möglich ist, um in breitem gesellschaftlichem Konsens entscheiden und

festlegen zu können, was davon wirklich werden soll und was nicht. Deshalb sollten politische Entscheidungen und rechtliche Normierungen wo immer möglich und vertretbar erst am Ende einer intensiven gesellschaftlichen Debatte stehen und nicht an deren Anfang.

Die Menschen verfolgen die Entwicklung der Bio- und Gentechnik mit besonderer Aufmerksamkeit.

Sie wissen einerseits: Die moderne Wissenschaft und die moderne Technik haben sich in einem ungeheuren Ausmaß als lebensdienlich, lebenserhaltend und lebenserleichternd erwiesen. Wissenschafts- und Technikfeindschaft verbieten sich deshalb von selbst. Bei der Bio- und Gentechnologie richten sich die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen vor allem auf neue Möglichkeiten, Krankheiten und individuelles Leid zu vermeiden oder zu mildern, aber auch auf neue Möglichkeiten in der Landwirtschaft, in der Verfahrenstechnik und im Umweltschutz.

Andererseits werden die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen begleitet von Ängsten und Sorgen.

Die CDU setzt auf die Chancen der Bio- und Gentechnologie. Sie nimmt aber

auch die Sorgen und Befürchtungen der Menschen ernst. Die neue Technologie kann sich nur dann unter langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen entwickeln, wenn sie von den Menschen akzeptiert wird. Akzeptiert wird sie nur dann, wenn ihre Lebensdienlichkeit und -zutraglichkeit für die Menschen gegeben und transparent bleibt.

Die Bio- und Gentechnologie darf nicht zur Erosion unserer Grundwerte führen

Die Bio- und Gentechnologie konfrontiert uns mit Fragen, welche die grundlegende Wertorientierung unserer Gesellschaft betreffen. Je weiter wir unsere Handlungsmöglichkeiten ausdehnen, desto größer wird der Bereich unserer Verantwortlichkeiten. Dabei geht es nie bloß darum, ob wir etwas, was wir können, tun dürfen, sondern immer auch darum, ob wir es unterlassen dürfen.

Die Auseinandersetzung mit den ethischen Fragen der Bio- und Gentechnologie kann für die CDU nur am Maßstab einer grundsätzlichen Wertorientierung zu verantwortbaren Lösungen führen. Die Wertorientie-

AUS DEM CDU-DIS-
KUSSIONSPAPIER
DES STELLVER-
TRETENDEN PAR-
TEIVORSITZENDEN
JÜRGEN RÜTTGERS,
DAS DER BUNDES-
VORSTAND AM
11. FEBRUAR
OHNE BESCHLUSS
BERATEN HAT

rung geht aus vom unbedingten Gebot der Achtung der Menschenwürde. Es verlangt, dass wir einen Menschen niemals bloß als Mittel für unsere Zwecke gebrauchen, sondern ihn immer zugleich als Zweck an sich selbst achten. Das Gebot der Achtung der Menschenwürde hat seinen rechtlichen Niederschlag nicht nur im Grundgesetz und den jeweiligen Verfassungen anderer Länder gefunden, sondern auch in einer Fülle von internationalen Konventionen und Verträgen und in unzähligen einzelgesetzlichen Regelungen. Es ist das Fundament einer zivilisierten Welt.

Aus ihrer christlichen Wertorientierung heraus sieht sich die CDU in der besonderen Verantwortung, einer Erosion des unbedingten Gebots der Achtung der Menschenwürde entschie-

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Jürgen Rüttgers wird das Papier weiterentwickeln. Vor einer Beschlussfassung des Bundesvorstands geht der neue Text den Kreisverbänden zu und soll Grundlage für eine intensive Diskussion in der Partei über das wichtige Thema Bio- und Gentechnik sein. – Zum besseren Verständnis der Begriffe, die in dieser Diskussion benutzt werden, stellen wir Ihnen im nächsten UiD ein Glossar mit Erläuterungen zur Verfügung.

den entgegenzutreten. So deutlich wir den größtmöglichen Freiraum für die Fortentwicklung der Bio- und Gentechnologie befürworten, so deutlich sagen wir: Auch diese Freiheit findet ihre Grenze am absoluten Wert des Menschen. Für uns ist der einzelne Mensch unverfügbar. Er darf, ganz gleich auf welcher frühen Stufe seiner Entwicklung, nie zum bloßen Objekt von Forschungs- oder Wirtschaftsinteressen werden.

Die CDU sieht mit großer Sorge, dass in der Debatte um die neuen gentechnischen Möglichkeiten Stimmen laut werden, die für eine Überwindung der bisherigen moralischen und rechtlichen Grenzen des Erlaubten plädieren. Es wird dabei unterstellt, dass die moralische und rechtliche Grundorientierung unserer Gesellschaft auf irrationalen Überzeugungen von der Würde des Menschen und seiner unbe-

dingten Schutzwürdigkeit ruhen, die in der modernen und aufgeklärten Welt angeblich nicht mehr als allgemeingültig anerkannt werden können.

Auf derselben Linie einer schrittweisen Untergrabung unserer moralischen und rechtlichen Grundorientierungen liegen Versuche, den Umgang mit erblichen Erkrankungen und Behinderungen neu zu bestimmen. Es wird wieder offen gegen die Geburt erblich behinderter Kinder votiert. Niemand, so wird dabei in scheinbarer Menschlichkeit argumentiert, dürfe gezwungen werden, ein Kind zu lieben und zu unterstützen, das niemals Anlass zur Hoffnung auf Erfolg gebe. Während der nächsten Jahrzehnte, so wird prophezeit, werde es einen immer stärkeren Konsens darüber geben, dass es moralisch gerechtfertigt und sogar geboten sei, dem Leben erbgeschädigter Föten ein

Ende zu setzen. Diese Auffassungen sind skandalös.

Die CDU besteht gegenüber diesen ungeheuerlichen Tendenzen zur Umwertung unserer Grundwerte auf der Rationalität und Allgemeingültigkeit der Grundüberzeugung von der Würde des Menschen und seiner unbedingten Schutzwürdigkeit. Unsere Grundwerte sind kein Hindernis auf dem Weg zu einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. Sie sind, im Gegenteil, die rationale und unersetzliche Basis einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft.

Die Würde des Menschen darf nicht relativiert werden

Wo Entwicklungen der Bio- und Gentechnologie mit den Wertgrundlagen unserer Gesellschaft in Widerstreit geraten, ist die Politik zu klaren Grenzziehungen aufgefordert. Bei aller Offenheit in der weiteren Entwicklung der Bio- und Gentechnologie gibt es schon heute die Notwendigkeit, Grenzen zu ziehen. Verantwortbare Entwicklungen müssen zugelassen und gefördert werden. Entwicklungen, mit denen eine Verletzung der Würde des Menschen einhergeht, müssen verhindert werden.

Die Würde des Menschen ist ein absoluter Wert. Sie darf niemals relativiert werden.

Der Schutz der Menschenwürde vor bio- und gentechnologischen Fehlentwicklungen kann nicht allein mit der Mitteln der nationalen Gesetzgebung gelingen. Angesichts der internationalen Verflechtungen in Forschung, Entwicklung und Anwendung müssen einheitliche international gültige Schutzbestimmungen angestrebt werden. Die CDU setzt sich dafür ein. Insbesondere in den Ländern der Europäischen Union und des Europarats werden wir auf einheitliche rechtliche Standards hinwirken. Unser Maßstab ist dabei das hohe Schutzniveau, das in Deutschland unter der unionsgeführten Regierung rechtlich fixiert wurde, zum Beispiel im Embryonenschutzgesetz von 1991.

■ Die CDU hält an der Position fest, dass jeder menschliche Embryo von Anfang an, seit der Vereinigung von Ei und Samen, ein menschliches Wesen ist und unter dem Schutz des Grundrechts auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde steht.

■ Die CDU lehnt alle gen diagnostischen Maßnahmen in der Fortpflanzungsmedizin ab, mit der eugenische Ziele verfolgt werden.

■ Die CDU lehnt die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken und zu gewerblichen Zwecken ebenso ab wie die verbrauchende Embryonenforschung.

■ Die CDU lehnt das reproduktive Klonen von Menschen ab.

■ Die CDU lehnt das sog. therapeutische Klonen auf der Grundlage menschlicher Embryonen ab, und zwar auch dann, wenn diese durch Kerntransplantation in entkernte menschliche Einzelzellen hergestellt werden. Stattdessen ist die Forschung an adulten Stammzellen, einschließlich der aus Nabelschnurblut gewonnenen, massiv zu fördern.

■ Die CDU lehnt gezielte Eingriffe in die menschliche Keimbahn ab.

■ Die CDU lehnt die Präimplantationsdiagnostik (PID) nicht grundsätzlich ab. Die CDU erkennt die schwere Not und Konfliktsituation von betroffenen Paaren mit Kinderwunsch an, die aufgrund eines hohen Risikos für bekannte und schwerwiegende genetisch bedingte Erkrankungen des Ungeborenen eine Präimplantationsdiagnostik in Anspruch nehmen möchten, um einen späteren Schwangerschaftsabbruch zu vermeiden. Eugenische Ziele

dürfen in der PID aber nicht verfolgt werden. Bei streng gestellter Indikation und qualifizierter und unabhängiger Pflichtberatung sollte in den genannten Einzelfällen die Möglichkeit einer Präimplantationsdiagnostik an nicht totipotenten Zellen bestehen.

■ Der Umgang mit genetischen Daten darf nicht zur Stigmatisierung oder Diskriminierung von Menschen führen. Die CDU tritt für die strikte Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ein, welches das Recht auf die Nichtanspruchnahme genetischer Diagnostik ausdrücklich einschließt. Wir treten dafür ein, dass im öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Bereich die Gewährung von Leistungen nicht von einer genetischen Diagnostik abhängig gemacht wird. Wir treten insbesondere dafür ein, dass der Zugang zu Arbeitsplätzen und der Zugang zu Versicherungen einschließlich der Krankenversicherung nicht von der Erhebung genetischer Daten oder von der Qualität dieser Daten abhängig gemacht werden.

[http://](http://www.cdu.de/politika-z/gentechnik/reduettgers-120201.htm)

Wortlaut des Papiers:
www.cdu.de/politika-z/gentechnik/reduettgers-120201.htm



Schröder-Rente: SCHLECHTE KARTEN FÜR DEUTSCHLANDS FRAUEN.

CDU

Postkarte „Rente“ mit Preisfragen zu den Nachteilen der Rentenreform

Bestell-Nr. 9725
100 Expl.: 15,00 DM
(7,67 EURO)

Wissen Sie, welche Nachteile die „Rentenreform“ der Regierung den Frauen befragt? Testen Sie Ihren Informationsstand – und gewinnen Sie! Unter allem richtigen Einblendungen verlieren wir drei Wochenstunden in Berlin für zwei Personen sowie zehn Familien-Einkommenssteuer für den Europa-Park in Bus.

Kindererziehungszeiten werden bei der Schröder-Rente

a) für alle Frauen gleichmäßig anerkannt. **ABS**
b) je nach Geburtsjahr des Kindes, Kinderzahl und Einkommen unterschiedlich bewertet. **KAU**

Die Witwenrenten werden bei Schröders „Rentenreform“

a) von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt, weil der Freibetrag „stagnieren“ wird. **IM**
b) an die Entwicklung der Einkommen angepasst und damit „dynamisiert“. **ZU**

Der Aufbau einer privaten Zusatzvorsorge fürs Alter soll durch einen staatlichen Zuschuss gefördert werden mit maximal

a) 30 DM pro Kind und Monat. **GEGEN**
b) 10 DM pro Kind und Monat. **VORHER**
c) 7,50 DM pro Kind und Monat. **NACH**

Mit den Buchstaben-Kombinationen der richtigen Antworten finden Sie den Lösungssatz.

RENTE: F _ _ _ EN _ _ _ _ TEIL.

Schicken Sie den Lösungssatz per Postkarte oder per E-Mail an: redaktion@cdu.de, Einreichschlissel: 20.4.2001 (Datum des Poststempels). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Vorname, Name, E-Mail _____

Strasse, PLZ, Wohnort _____

Bitte ausreichend frankieren

Postkarte: CDU-Bundesgeschäftsstelle Berlin, M. Zehnle/Postkarte Nr. 9725

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Postfach 110 432
10834 Berlin

Scheckheft „Rente“

Bestell-Nr. 5726
100 Expl.: 30,00 DM
(15,34 EURO)

Der RENTEN-CHECK

Was Rot-Grün mit Ihrer Altersvorsorge vorhat.





CDU-Stehtisch

Bestell-Nr. 0348
 Höhe ca. 110 cm
 Durchmesser 85 cm
 1 Expl. 98,00 DM
 (50,11 EURO)



**CDU-Sonnenschirm
 ohne Fuß, aus knitterfreiem
 und schmutzabweisendem
 Polyestergewebe, incl.
 Wetterschutzhülle und
 verlängertem Unterstock**

Bestell-Nr. 0458
 Durchmesser 180 cm
 1 Expl. 75,00 DM
 (38,35 EURO)



Füllständer für CDU-Sonnenschirm

Bestell-Nr. 0459
 1 Expl. 12,80 DM
 (6,54 EURO)

Europa-Sonnenschirm ohne Fuß, blau mit gelbem Druck

Bestell-Nr. 0541
 Ausführung wie CDU-Sonnenschirm
 1 Expl. 75,00 DM
 (38,35 EURO)



Seitenteil für CDU-Pavillon

Bestell-Nr. 0925
 1 Expl. 11,90 DM
 (6,08 EURO)

CDU-Pavillon ohne Seitenteil

Bestell-Nr. 0924
 Größe 3 x 3 m
 1 Expl. 79,00 DM
 (40,39 EURO)





Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Unser Dank für Ihr Vertrauen **CDU**

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Überkleber
schwarzer Druck auf
fluoreszierendem grünem Papier

Bestell-Nr. **8196**
Größe 42,5 x 15 cm
250 Expl. 39,50 DM
(20,20 EURO)